

Beschluss des Parteirates

27. Juni 2005, Berlin

Grüne

Bürgerinnen und Bürger für Europa

Die EU steckt in einer Krise: Wie kann es ihr gelingen, sich über die europäische Antwort auf die Globalisierung und die ökologische und soziale Gestaltung der notwendigen Modernisierung zu einigen? Wie kann sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen? Wie soll es nach den ablehnenden Referenden in einigen Mitgliedstaaten mit dem EU-Verfassungs-vertrag weitergehen? Wie kann sie sich ihren internationalen Aufgaben wirksam stellen? Wie kann sich durch innere demokratische Vertiefung und mehr Effizienz ihre Erweiterungspolitik fundieren? Diese fundamentalen Fragen bestimmen selbst dann die Europadebatte der nächsten Jahre, wenn die anstehenden Haushaltsfragen doch noch eine gute Lösung fänden.

Ängste um die eigene soziale und ökonomische Situation, Kritik an einzelnen Vorhaben wie der Dienstleistungsrichtlinie, Abstrafung nationaler Regierungen, die Unklarheit über das Ziel der Europäischen Union und der Erfolg nationalistischer und chauvinistischer Agitation, die Schwierigkeiten mit der Erweiterungen ausgeschlachtet hat, zählen zu den Gründen der Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden. Tatsache ist auch: die EU strahlt zurzeit nur wenig Bürgernähe aus. Sie wird als Projekt transeuropäischer Eliten wahrgenommen. Das Misstrauen gegenüber diesen Eliten wird auf ihr Projekt, die EU, übertragen.

Die europäische Einigung ist eine Erfolgsgeschichte, die von weitsichtigen Politikern trotz vieler Krisen immer wieder vorangetrieben worden ist. Den politischen Eliten ist es aber aktuell nicht hinreichend gelungen zu vermitteln, was positiv an Europa und Brüssel ist. Dass durch einen einheitlichen Markt und gemeinsame Politiken in den letzten Jahren Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen wurden, konkurriert mit dem Empfinden vieler Menschen in Europa, dass sie in immer schlechter bezahlte und unsichere Jobs gedrängt werden. Zu häufig wurden auch in Deutschland die Erfolge für die nationalen Regierungen verbucht und bei reformpolitischen Zumutungen auf Brüssel verwiesen, als habe man damit nichts zu tun. Dass zu viele Menschen nach jahrzehntelangem negativem sozialen Diskurs zur EU Europa nicht als ihr Projekt sehen,



braucht dann nicht zu überraschen.

War für die Kriegs- und Nachkriegsgenerationen Europa noch mit dem empathischen Bekenntnis verbunden, die jahrhundertlange Geschichte der europäischen Kriege beenden zu wollen, ist Europa für jüngere Generationen eine Selbstverständlichkeit. Chirac hatte kein Angebot für diejenigen, die den Prozess der europäischen Integration der letzten Jahrzehnte befürworteten, und sich dennoch eine andere EU für die Zukunft wünschen. Für die EU, aber gegen den Verfassungsvertrag zu sein, ist ein Widerspruch, den nicht jeder als solchen erkennt. Wer Anti-Europäer war, musste gegen diesen Verfassungsvertrag stimmen. Es sagten aber auch manche Nein zu diesem Verfassungsvertrag, die nicht Anti-Europäer sein wollten. Wie können sie für einen neuen Anlauf gewonnen werden, nachdem sie nun sehr schnell erleben, dass die Krise der europäischen Einigung zur Bühne für neuen Nationalismus wird?

Es kommt jetzt darauf an, dass Europa nicht still steht oder in nationale Egoismen zurückfällt. Ebenso lehnen wir eine Politik des einfachen „Weiter so“ ab. Vorschläge, den Verfassungsvertrag scheinbarweise per Ratsbeschluss doch noch umzusetzen, bleiben im Elitenprojekt verhaftet und können daher nicht zur Lösung der Krise beitragen. Die Verantwortlichen der EU müssen beweisen, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern Europas zuhören und Vorschläge machen, die die Union den Bürgern näher bringt. Aber die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auch aktiv die EU zu eigen machen. Dass die Regierungen alleine die EU nicht vorantreiben können, hat schon das Scheitern von Nizza gezeigt. Der Verfassungskonvent war ein erster Schritt in Richtung mehr Bürgerbeteiligung und bot der EU mit der Grundrechtecharta erstmalig ein gemeinsames Fundament politischer und sozialer Bürgerrechte, führte aber nicht zur gewünschten europäischen Öffentlichkeit. Jetzt wollen wir einen Schritt voran gehen und das Europa der Bürgerinnen und Bürgern weiter gegenüber dem Europa der Staaten stärken.

Für uns GRÜNE ist klar: Die EU ist Teil der Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung. Nur im Rahmen der EU können wir die Gestaltungskraft entwickeln, die notwendig ist, um unser europäisches Wirtschafts- und Sozialsystem fortzuentwickeln und um die Globalisierung gerecht zu gestalten. Dazu brauchen wir mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Effizienz in der EU. Dafür kämpfen wir und dafür brauchen wir eine europäische Verfassung. Den Verfassungsprozess hat nicht zuletzt Joschka Fischer mit seiner Humboldt-Rede im Mai 2000 deshalb maßgeblich mit eingeleitet. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Wir schlagen deswegen den Plan „Bürgerinnen und Bürger für Europa“ in drei Schritten vor:

1. Die Debatte über die ökonomische, soziale und ökologische Ausrichtung der EU in ihren konkreten Politiken ist wichtig und muss geführt werden. Das soll nicht nur im europäischen Parlament stattfinden. Wir wollen als Grüne selber mit unseren europäischen Partnern diese Diskussion aktiv vorantreiben. Dabei ist für uns klar, dass die europäische Antwort auf Globalisierung und die notwendige Modernisierung ökologisch und sozial zu gestalten sind. Es geht uns Grünen darum, ein europäisches Modell zu entwickeln, das auf den besten und erfolgreichsten Traditionen der einzelnen Mitgliedsländer aufbaut. Für uns ist das Ziel nicht ein britisches, französisches oder deutsches Modell, sondern eine europäische soziale- und ökologische Marktwirtschaft.

Außerdem wollen wir die in Frankreich gestartete Petitionsinitiative für die Durchsetzung der gleichen Bezahlung von Mann und Frau für gleichwertige Arbeit aufgreifen. Durch das in der Verfassung vorgesehene Instrument der europäischen Petition (Artikel I-47) können eine Million EU Bürgerinnen und Bürger aus mehreren EU Staaten die Regierungen in Brüssel dazu bringen, dieses Thema auf ihre Agenda zu setzen. Langfristig können die europäischen Bürgerinnen und Bürger die Fragen der konkreten Wirtschafts- und Sozialpolitik durch dieses Instrument wieder für sich beanspruchen.

2. Um eine europäische Volksabstimmung über einen neuen Verfassungsrahmen für die EU vorzubereiten, wollen wir eine breite gesellschaftliche Diskussion, die europäisch geführt werden soll - in den Inhalten und in der Form. Wir fordern sektorielle und europaweite Bürgerforen. Die Bürgerforen sollen aus der Zivilgesellschaft und durch Anstöße aus den Parlamenten aller Ebenen initiiert werden und ab Herbst stattfinden. Wir wollen aber keine Bürgerforen nur auf nationaler Ebene, sondern wir wollen: dass zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer ganzen Vielfalt diese Diskussion über die nationalen Grenzen hinweg gemeinsam führen; dass deutsche, französische und spanische Gewerkschafter zusammen diskutieren und sich dann mit den schwedischen Sozialverbänden treffen; dass Polnische Umweltverbände sich mit portugiesischen Fischern austauschen; dass muslimische Verbände aus Frankreich mit Vertretern der Evangelischen Kirche sich treffen. Durch solche Bürgerforen wollen wir auch Prominente aus Sport, Kultur und Unterhaltung dazu auffordern, ihren Beitrag zu einer europäischen Öffentlichkeit zu leisten. Die Aufgabe der nationalen Parlamente, des Europaparlamentes und der EU Kommission ist es, diese zu koordinieren und zu finanzieren. Den nationalen Parlamenten kommt dabei eine wichtige Aufgabe in der Vermittlung und Gestaltung dieses Prozesses zu. Das fordert einen Kraftakt an Austausch und Dialog – aber diesen halten wir für dringend erforderlich. Und wir sind zuversichtlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger für eine demokratisch verfasste EU gewinnen lassen, die für 450 Millionen Menschen eine Zukunftsperspektive bietet.

3. Wir setzen uns dafür ein, dass das Europäische Parlament die Initiative ergreift für eine europaweite Volksabstimmung am Europatag 2007. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sollen über die ersten zwei Teile des jetzigen Verfassungsvertrages, die einer nationalen Verfassung ähnlich sind, abstimmen – den institutionellen Rahmen und die Grundrechtecharta. Wir wollen der EU dadurch den notwendigen demokratischen, transparenten und effektiven Rahmen für ihr Handeln liefern.

In unserem Europawahlprogramm forderten wir bereits ein europaweites Referendum. Der Vorschlag wurde damals sowohl unter der Fahne der nationalen Souveränität wie unter der Parole des Vertrauens in die repräsentativen Institutionen von verschiedenen Seiten abgelehnt. Das Nein in Frankreich und den Niederlanden hat bestätigt: Ohne die aktive gemeinsame direktdemokratische Einbeziehung aller europäischen Bürgerinnen und Bürger als europäischer Souverän bleibt der Integrationsprozess auf dem erreichten unbefriedigendem Niveau stecken und verliert sich zu leicht in innenpolitischen Auseinandersetzungen. Ein Referendum ohne rechtzeitige Beteiligung der Bürger führt zu mangelnder Information und erleichtert populistische Debatten. Wir ziehen daraus die Konsequenz und fordern eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Debatte, die in der europaweiten Abstimmung gipfeln soll.

Die nächsten Schritte

Wir werden das Gespräch mit den gesellschaftlichen Akteuren, nationalen wie europäischen, suchen und wollen mit ihnen gemeinsam den Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit für unser Projekt eines zweiten Anlaufes konkretisieren. Die Grünen im Europaparlament beginnen diesen Prozess heute in Brüssel mit einer breiten Konsultation der zivilgesellschaftlichen Akteure zur Zukunft der EU. Wir begrüßen und unterstützen diese Initiative und werden sie auf deutscher Ebene, zusammen mit europäischen Vertretern, fortführen.

Beschluss: einstimmig